

Niederschrift

über die 40. Tagung des Bauausschusses der Stadt Haldensleben am 15.02.2012, von 17:00 Uhr bis 18.50 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 18.01.2012
4. Vorstellung des Konzeptes "Ruhender Verkehr im Rolandgebiet" durch das Büro Buschmann
5. Vorstellung Straßenbaumaßnahme Bornsche Straße - Teilabschnitt vom Parkplatz Raab-Karcher bis Kreiselsatueller Straße/Neuenhofer Straße
6. Mitteilungen
7. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 18.01.2012
9. Mitteilungen
10. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 6 Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist somit beschlussfähig. Stadtrat Eberhard Resch nimmt i.V. für Stadtrat Dr. Schulze teil, Stadtrat Tim Teßmann i.V. für Stadtrat Bodo Zeymer und Stadtrat Boris Kondrajtuk vertritt Stadtrat Manfred Blume. Die sachkundigen Einwohner Frau Litsch und Herr Peine hatten sich entschuldigt.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; somit wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 18.01.2012

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 18. Januar 2012 bestehen keine Einwände.

zu TOP 4 Vorstellung des Konzeptes "Ruhender Verkehr im Rolandgebiet" durch das Büro Buschmann

Zum Konzept "Ruhender Verkehr im Rolandgebiet" teilt Bauamtsleiter Krupp-Aachen einleitend mit, dass

die Verwaltung das Büro Buschmann beauftragt habe, sich das Rolandgebiet hinsichtlich des ruhenden Verkehrs einmal genauer anzusehen. Im Zusammenhang mit der Aufnahme in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ wurde festgestellt, dass im Rolandgebiet in den nächsten Jahren ein Mieterwechsel zu erwarten sein werde. Ein Problem, das sich dabei auftut, ist, dass relativ wenig Flächen für den ruhenden Verkehr im Quartier zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund wurden mit den Wohnungsunternehmen, die dort Eigentümer sind, Gespräche geführt. Das, was Herr Buschmann heute vorstellt, sei mit den Wohnungsunternehmen und dem Bürgerbeirat abgestimmt worden. Was im Einzelnen untersucht, was festgestellt wurde und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen wurden, das werde Herr Buschmann anhand einer Präsentation dem Ausschuss nahe bringen.

Herr Buschmann stellt sodann das Konzept vor.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle bittet, das Konzept dem Protokoll beizufügen. Sie weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass hinter dem Wohnblock Köhlerstraße die Arbeiten bezüglich der Schaffung von Parkplätzen bereits begonnen haben.

Stadtrat Guido Henke habe eine Nachfrage zu den eventuellen Kosten. Herr Buschmann habe eine Nettosumme von 650.000 € genannt. Es erfolgte aber keine Differenzierung zwischen den beiden Prognosevarianten. Weiterhin hieß es, dass die Kosten von den beiden Wohnungsunternehmen zu tragen wären. Heißt das im Umkehrschluss, dass auf die Stadt bei einer Umsetzung keine Kosten zukommen würden? Es wurde nämlich ausgeführt, dass es durchaus auch Sanierungsbedarf an Straßen gebe.

Zu den Kosten teilt Herr Buschmann mit, dass sich diese auf 663.000 € belaufen, davon entfallen rd. 355.000 € auf die Wohnungsbaugesellschaft und 305.000 € auf die Wohnungsbaugenossenschaft. Die Stadt wäre nach diesem Konzept nur mit 2.250 € beteiligt und zwar gibt es die Überlegung, im Bereich des Rolandgartens, der derzeit entwickelt wird, 3 Stellplätze mit zu schaffen. Die Kosten sind festgemacht worden unabhängig von den Varianten.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen ergänzt, dass die Stadt schon an den Kosten mit beteiligt sein werde. Die 85 Stellplätze, die die WBG und die Wobau hinter dem Wohnblock in der Köhlerstraße vorbereitet, sollen mit Mitteln aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ unterstützt werden (Drittelfinanzierung: 1/3 Bund, 1/3 Land, 1/3 Stadt). Wie das bei den weiteren Vorhaben aussieht, müsse man abwarten.

Stadtrat Guido Henke fragt, ob der Verwaltung bereits bekannt sei, was die beiden Wohnungsunternehmen tatsächlich im Rolandgebiet umsetzen wollen.

Schwerpunkt für die Wohnungsunternehmen sei die Schaffung von Parkplätzen hinter dem Wohnblock Köhlerstraße, antwortet Bauamtsleiter Krupp-Aachen. Darüber hinaus gebe es gegenwärtig keinen dringenden Handlungsbedarf, dass sie heute oder morgen darüber nachdenken müssen, nächste Maßnahmen zu realisieren. Ein weiterer Schwerpunkt wurde zwischen der Rottmeisterstraße und der Schulstraße festgestellt. Hier befinden sich die Schule und größere Unternehmen, wodurch Verkehr und Parkdruck erzeugt wird. Der Straßenzustand in der Alsteinstraße ist schlecht und die Stadt werde hier über kurz oder lang die Straße und die Nebenanlagen instand setzen müssen.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle hätte es als Mitglied des Aufsichtsrates der Wobau für gut befunden, wenn das Konzept im Vorfeld im Aufsichtsrat der Wobau vorgestellt worden wäre. Dort sei lediglich die Planung zur Schaffung von Parkplätzen hinter dem Wohnblock Köhlerstraße vorgestellt worden. Zum Konzept „Ruhender Verkehr“ interessiere sie noch die zeitliche Umsetzung.

Bei dem Konzept handelt es sich um eine Angebotsplanung, so Bauamtsleiter Krupp-Aachen. Die Stadt habe, weil Fördermittel dafür zur Verfügung stehen, einen Fachplaner gebeten, sich der Problematik ruhender Verkehr im Rolandgebiet anzunehmen. Und aus dieser Angebotsplanung müssen die Unternehmen jetzt sehen, was sie in Zukunft realisieren. Je stärker der Druck nach Parkflächen wird, desto dynamischer wird auch der Prozess, dass man Maßnahmen realisieren muss.

zu TOP 5 Vorstellung Straßenbaumaßnahme Bornsche Straße - Teilabschnitt vom Parkplatz Raab-Karcher bis Kreisel Satueller Straße/Neuenhofer Straße

Zur Straßenbaumaßnahme Bornsche Straße - Teilabschnitt vom Parkplatz Raab-Karcher bis Kreisel Satueller Straße/Neuenhofer Straße führt Bauamtsleiter Krupp-Aachen eingangs aus, dass die Maßnahme in der vergangenen Woche schon im Umweltausschuss vorgestellt wurde, weil im Zusammenhang mit der Baumaßnahme

vor allen Dingen die Nebenanlagen erneuert werden sollen. Im Verlauf der Planung wurde festgestellt, dass der vorhandene Baumbestand dort unmittelbar durch die Baumaßnahme beeinflusst werden wird. Für die Baumaßnahme sind im Haushaltsplan ca. 440.000 Euro eingestellt. Es wurde ein Antrag auf Fördermittel nach Entflechtungsgesetz gestellt (rund 200.000 Euro). Vor ca. 3 Wochen wurde die Verwaltung vom Landesverwaltungsamt informiert, dass die Stadt Fördermittel bewilligt bekommen werde, d.h., die Maßnahme müsse noch in diesem Jahr realisiert werden. Allerdings liege noch kein Fördermittelbescheid vor. Wie bereits erwähnt, werde durch die Erneuerung der Nebenanlagen der Baumbestand beeinträchtigt werden. Der Baumbestand stellt sich sehr differenziert dar. Auf der Westseite (linke Seite stadtauswärts) gibt es einen überalterten Lindenbestand, der in den vergangenen Jahren massive Ausfälle hatte, zum Teil wurden Linden nachgepflanzt. Unabhängig von der Baumaßnahme müssten in Kürze Linden aufgrund ihres Zustandes gefällt werden. Die Bäume sind in einem derart schlechten Zustand; sie sind im Detail untersucht worden, sie weisen Höhlungen auf und könnten max. noch 2 – 5 Jahre erhalten werden. Weiterhin gibt es Bäume, die noch eine Lebenserwartung von 5 – 10 Jahren haben. Die Robinien auf der Ostseite, die Anfang der 90er Jahre anstelle der Linden nachgepflanzt wurden, müssen permanent einseitig beschnitten werden, damit sie nicht den Verkehr beeinträchtigen. Sie weisen teilweise einen Schiefstand sowie Faulstellen an den Schnittstellen auf. Im Bereich „Dorfanger“ (aufgeweitete Bereich auf der rechten Seite stadtauswärts gesehen) stehen ebenfalls Bäume, die abgängig sind, teilweise auch Nachpflanzungen, die durch die Baumaßnahme voraussichtlich nicht beeinträchtigt werden würden. Trotzdem habe man dort Überalterungsprozesse und Abgänge in den nächsten Jahren zu erwarten. Zudem müssen Bäume gefällt werden, weil sie in zukünftigen Zufahrten stehen würden. Es würden nur noch ganz wenige Bäume erhalten werden können. Dies wurde im Umweltausschuss diskutiert und der Ausschuss habe empfohlen, alle Bäume zu fällen und eine neue Allee zu planen (Spitzahorn). Aus dieser Entscheidung heraus, doch mit einer neuen Allee zu planen, wurde ein Entwurf für die Baumaßnahme erarbeitet, den Frau Braunsberger vorstellen werde.

Frau Braunsberger teilt mit, dass die Baumaßnahme in 2 Abschnitte unterteilt wurde. 1. Bereich zwischen der Einfahrt Stendaler Parkplatz und zwischen der Brücke und 2. Bereich zwischen der Brücke und dem vorhandenen Kreisverkehr. Hintergrund dafür sei, dass im Bereich Brücke bis zum vorhandenen Kreisverkehr die Nebenanlagen bereits ausgebaut worden sind.

Die Bornsche Straße ist eine ehemalige Kreisstraße. Sie weist eine überbreite Fahrbahn von ca. 8,50 m auf. Die Nebenanlagen befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand. Es ist eine Straße mit einem starken innerörtlichen Verkehr und die durch Buslinien befahren wird. Die Fahrzeuge parken derzeit insbesondere im vorderen Bereich und vor den Neubaublöcken auf der Westseite auf der Fahrbahn. Im Bereich des Angers werde in den jetzigen Nebenanlagen geparkt.

Im 2. Abschnitt zwischen Brücke und Kreisverkehr befindet sich eine Bushaltestelle, d.h. eine Wartefläche für den ÖPNV, die barrierefrei errichtet werden soll.

Der ULFA-Ausschuss habe empfohlen den Baumbestand zu fällen und einen neuen Alleecharakter zu schaffen. Auf dieser Grundlage konnten nunmehr überlegt werden, wie man die Nebenanlagen neu gestalten bzw. überplanen kann. Durch die geplante Neuordnung der Bäume könne man einen sehr schönen Alleecharakter erzielen. Die Beeinträchtigung für die Gebäude ist gering oder kaum vorhanden, weil Bäume ausgewählt wurden, die zum Straßenraum passen.

Weiterhin sei Folgendes geplant: Die Fahrbahn soll eine Breite von 6,50 m erhalten, es solle hier nur die Deckschicht erneuert und Gossen, Borde und Straßenabläufe angelegt werden. Es wird kein Parken auf der Fahrbahn mehr geben. Die Nebenanlagen werden beidseitig 2,50 m breit. Hier ist eine Beschilderung „für Radfahrer frei“ vorgesehen. Hinsichtlich der Materialien soll sich an dem bereits fertig gestellten Abschnitt in der Stendaler Straße angelehnt werden (Betonsteinmaterialien mit einem Laufband aus einer Platte und ansonsten Betonsteinpflaster). Der Grünstreifen variiert in seiner Breite, weil der Straßenraum ebenfalls in seiner Breite variiert und dient als Baumstandort bzw. zur Anordnung von Parkflächen. Weiterhin werden die Zufahrten befestigt und die 2 einmündenden Kommunalstraßen bis zum Ausbauende mit ausgebaut. Die Straßenbeleuchtung in diesem Abschnitt muss erneuert werden. Hinsichtlich der Leuchtenart wurde sich auch hier an der Stendaler Straße orientiert. Es wird eine komplexe Maßnahme werden, denn der Abwasserverband muss seinen Regenwasserkanal in den Nebenanlagen erneuern und die Stadtwerke werden alle Versorgungsleitungen, die sich in diesem Bau Feld befinden, auch erneuern müssen.

Im Abschnitt Brücke bis zum Kreisverkehr sind die Nebenanlagen bereits fertig gestellt. In dem Bereich soll nur die Fahrbahndecke, die Bordanlage und die Straßenentwässerung erneuert werden sowie Bäume gepflanzt werden. Die Wartefläche des ÖPNV soll barrierefrei gestaltet werden.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle fragt, ob den anwesenden Bürgern Rederecht erteilt werden solle. *Damit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.*

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle hinterfragt, wie sich die Höhe der Borde außerhalb der Wartefläche

des ÖPNV darstellen werde. Für ältere Menschen stellen die hohen Borde oftmals ein Problem dar. Dies sollte in der Bornschen Straße bedacht werden.

Im Bereich der Parkflächen wird der Bord unterbrochen, hier wird eine Gosse angelegt. Der Bord, der die Fahrbahn begrenzt, wird ca. 10 cm hoch sein und im Bereich der Überfahrten, der Zufahrten ist ein 4 cm hoher Rundbord vorgesehen, antwortet Frau Braunsberger:

Weiterhin interessiert Ausschussvorsitzende Regina Blenkle, wie sich die Anzahl der Parkflächen jetzt und nach der Baumaßnahme darstelle.

Parkflächen gibt es derzeit keine, es gibt im Moment die Möglichkeit, auf der Fahrbahn zu parken. Dadurch gibt es mit Sicherheit jetzt mehr Möglichkeiten, Fahrzeuge abzustellen. Die geplanten Parkflächen richten sich nach dem Bedarf, der ermittelt wurde. Das soll morgen in der Bürgerversammlung diskutieren werden. Es könnten noch weitere Parkflächen geschaffen werden (alles eine Frage der Kosten), so Frau Braunsberger.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle kommt auf die Bäume zu sprechen. Wenn großzügig alle Bäume gefällt und neue gepflanzt werden müssen, werden diese Kosten sicherlich auch auf die Anwohner umgelegt werden. Wie hoch sind die Gesamtkosten und welchen Anteil macht die Bepflanzung dabei aus?

Bauamtsleiter Krupp-Aachen erwähnt, dass ein Baum ca. 1.000 € kosten werde, aber wenn man die Bäume stehen lassen würde, würde man einen extrem erhöhten Aufwand bei der Herstellen der Nebenanlagen zu verzeichnen haben. Die Bäume müssten geschützt werden, aufgrund des Kronenbereiches müssten Handschachtungen erfolgen. Die Bäume, die abgängig sind, müssten ohnehin gefällt werden und Ersatzpflanzungen vorgenommen werden. Von daher werde es kostenmäßig für den Endbetrag keine großen Unterschiede geben. Die Kosten insgesamt belaufen sich gegenwärtig auf 440.000 €, wobei sich das Abfräsen und das Neuherstellen der Fahrbahn kostenmäßig nicht auf die Anlieger auswirken werde. Die Anlieger werden beitragspflichtig nur für die Herstellung der Nebenanlagen herangezogen.

Das sei sicher richtig, so Ausschussvorsitzende Regina Blenkle. Aber ihre Frage war, welchen Anteil die Bepflanzung insgesamt ausmache.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen antwortet, dass insgesamt 39 neue Bäume gepflanzt werden sollen; die Kosten pro Baum belaufen sich auf ca. 1.000 € netto.

Frau Renner, wh. Bornsche Str. 32, sei am Montag im Bauamt vorstellig gewesen, um sich den Entwurf der Baumaßnahme zeigen zu lassen. Das sei ihr verweigert worden. Als interessierte Bürgerin sollte man die Gelegenheit haben, sich im Vorfeld informieren zu können und nicht erst in der Bürgerversammlung mit den Plänen bekannt gemacht zu werden.

Weiterhin sei ihre Frage, warum gerade die Bornsche Straße ausgebaut werden soll. Sie könnte eine Reihe von Straßen aufzählen, deren Zustand sehr viel schlechter ist (Jungfernstieg, Althaldensleber Straße, Köhlerstraße, Alsteinstraße ab Schulstraße, Neuenhofer Straße).

Bauamtsleiter Krupp-Aachen merkt an, dass die Bornsche Straße eine der Hauptmagistralen ist, die in die Stadt hereinführen. Die Stadt sei seit Jahren bemüht, gerade die Hauptmagistralen ordentlich herzustellen. Der Stadtrat habe sich damit im vergangenen Jahr auseinandergesetzt und die Mittel sind im Haushaltsplan bereitgestellt worden. Heute werde das Vorhaben den Stadträten vorgestellt und bevor die Stadträte nicht informiert wurden, sollten auch die Bürger darüber nicht in Kenntnis gesetzt werden. Dann erfahren die Stadträte die Sachen vielleicht von den Bürgern, die sie eigentlich von der Verwaltung hören sollten.

Nach Auffassung von Frau Renner hätte zumindest die Bürgerversammlung eine Woche später stattfinden können. Sie war empört, dass sie am Montag keine Einsicht bekommen habe, denn bezahlen müssen die Anlieger.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle möchte das Gesagte von Herrn Krupp-Aachen unterstützen, weil die Stadträte immer auch die Verwaltung kritisiert, weil sie manche Dinge aus der Presse oder von anderen Leuten erfahren. Sie müsse aber auch Frau Renner Recht geben, dass die Bürgerversammlung hätte später stattfinden können, um Zeit zu haben, sich eine Meinung bilden und gezielt in die Bürgerversammlung gehen zu können. Vielleicht kann die Verwaltung den Hinweis künftig berücksichtigen. Der Termin für die morgige Bürgerversammlung ist ohnehin ungünstig gewählt, weil zur gleichen Zeit der Hauptausschuss tagt. Sie hätte gern an der Bürgerversammlung teilgenommen.

Frau Matzat-Thiele, Vertreterin des Betreibers des Einkaufszentrums EDEKA am Gänseanger, findet es als Bürgerin positiv, dass die Bornsche Straße ausgebaut werden soll, aber als Vertreterin von einem Unternehmen, die am Standort Gänseanger über 70 Arbeitsplätze zu sichern hat, war sie sehr erschrocken als sie vor 1 Woche von der anstehenden Baumaßnahme erfahren habe. Sie befürchte Umsatzausfälle, damit evtl. verbunden Arbeitsplatzverlust während der Bauzeit. Sie interessiere, wann und wie lange die Baumaßnahme durchgeführt wird, was an Umgehungen etc. geplant ist. EDEKA habe in diesem Jahr 20 jähriges Bestehen an dem Standort; sie wollen deshalb richtig in die Werbung investieren und es wäre schade, wenn die Kunden wegen der Baumaßnahme ausblieben.

Zum Ablauf könne derzeit noch nichts Konkretes gesagt werden. Bauamtsleiter Krupp-Aachen gehe davon aus, dass es eine Phase geben werde, in der eine Vollsperrung zum Gänseanger notwendig sein werde.

Frau Braunsberger fügt hinzu, dass die Fahrbahn als solche nicht aufgenommen und erneuert wird, sondern die Arbeiten finden in den Seiten der Fahrbahn statt und dass eigentlich nur in den Bereichen, wo die Decke erneuert wird. Den Markt könne man nur in dem Zeitraum nicht erreichen, wenn die neue Schwarzdecke aufgetragen wird. Man wird den Markt auch nicht immer von beiden Seiten erreichen können, aber die generelle Zuwegung wird in weiten Teilen möglich sein.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle fragt nach, wie lange das Abfräsen der Schwarzdecke dauern werde und ob es nicht möglich ist, das Abfräsen hälftig zu machen, damit immer noch eine Befahrbarkeit gegeben ist. Zudem gibt es eine Busverbindung – wie wird das während der Bauzeit geregelt, denn es wohnen dort viele ältere Bürger.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen entgegnet darauf, dass eine Befahrbarkeit dort ständig gegeben sein werde. Es wird eine kurze Phase geben, wo der Kreuzungsbereich gesperrt sein wird. Hinsichtlich der Busverbindung werde eine Abstimmung mit der OhreBus-Gesellschaft erfolgen, wahrscheinlich werde man eine provisorische Haltestelle einrichten, so Frau Braunsberger.

Herr Appel, der Eigentümer eines Grundstückes in der Bornschen Straße ist, findet es gut, dass die Bornsche Straße ausgebaut wird, dadurch steige auch der Grundstückswert. Er könne aber auch die Nöte der Mitarbeiter des EDEKA-Marktes verstehen und von daher wäre es wichtig, zu wissen, wie lange die Maßnahme dauern werde.

Frau Braunsberger schätze, dass die Baumaßnahme ca. 4 Monate dauern werde. Bauamtsleiter Krupp-Aachen ergänzt, dass in der morgigen Bürgerversammlung Näheres zum Zeitumfang gesagt werde.

Damit keine Irritationen auftreten möchte Stadtrat Eberhard Resch den Hinweis geben, dass zwar die Bäume noch in diesem Monat gefällt werden müssen. Das bedeutet aber nicht, dass auch mit der Baumaßnahme begonnen wird. Der Umweltausschuss habe es sich in seiner Entscheidung hinsichtlich der Bäume nicht leicht gemacht, aber wenn alle Bäume gefällt werden, habe man Baufreiheit und könne entsprechende Technik einsetzen. Wenn man um die vorhandenen Bäume herum graben müsste, würde die Baumaßnahme länger dauern.

Abschließend fasst Ausschussvorsitzende Regina Blenkle zusammen, dass Schwerpunkt bei dieser Baumaßnahme der ÖPNV und die Funktionalität des EDEKA Marktes sind. Die Verwaltung sollte den Kontakt zu EDEKA halten und sich explizit auf die Bürgerversammlung vorbereiten.

zu TOP 6 Mitteilungen

Der **TOP 6** entfällt, es liegen im öffentlichen Teil keine Mitteilungen vor.

zu TOP 7 Anfragen und Anregungen

7.1. Stadträtin Regina Blenkle habe gesehen, dass auf dem Platz von Fanta-Dressler in der Hafenstraße wieder sehr viel Material gelagert wird. Dieser Platz sollte nicht mehr als Lagerplatz genutzt werden.

Soweit Bauamtsleiter Krupp-Aachen informiert ist, sei eine Vermietung an die UHH erfolgt und für die Lagertätigkeit gibt es eine Nutzungsgenehmigung des Bauordnungsamtes.

Nach Auffassung von Stadträtin Regina Blenkle dürfe nicht der komplette Platz genutzt werden. Es sei eine Lärmbelästigung für die Anwohner gegeben.

Dies könne Bauamtsleiter Krupp-Aachen nicht positiv bestätigen.

- 7.2. Stadtrat Boris Kondratjuk interessiert, ob die Bürgerversammlung zur Straßenbaumaßnahme Steinstraße bereits stattgefunden hat.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen teilt mit, dass die Bürgerversammlung am 28.02., 17.00 Uhr stattfindet.

Regina Blenkle
Ausschussvorsitzende

Protokollführer